

Mündliche Anfragen

für die Fragestunden der 83. und 84. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 4. Februar und Freitag, dem 5. Februar 2010

1. Abgeordnete

Friederike Ebli und
Marianne Grosse (SPD)

Zusatzbeiträge bei gesetzlichen Krankenkassen

In der vergangenen Woche haben verschiedene Krankenkassen angekündigt, zukünftig von ihren Versicherten Zusatzbeiträge erheben zu wollen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Kassen haben nach Kenntnis der Landesregierung angekündigt, zukünftig Zusatzbeiträge zu erheben?
2. Wie viele Versicherte sind damit in Rheinland-Pfalz von Zusatzbeiträgen betroffen?
3. Welche Gründe sieht die Landesregierung für das Erheben von Zusatzbeiträgen als ausschlaggebend an?
4. Welche Möglichkeiten gibt es aus Sicht der Landesregierung auf Bundes- und Landesebene, diese Entwicklung zu bremsen?

2. Abgeordnete

Anke Beilstein und
Dorothea Schäfer (CDU)

Bedingungen für die Einrichtung von Fachoberschulen an Realschulen plus

Wir fragen die Landesregierung:

1. Nach welchen Kriterien entscheidet das Ministerium über die Einrichtung einer Fachoberschule (FOS) an einer Realschule plus?
2. Wie viele FOS sollen in diesem und dem nächsten Jahr genehmigt werden?
3. Mit der Einrichtung wie vieler Realschulen plus rechnet die Landesregierung zum kommenden Schuljahr?
4. Mit welchen jährlichen Übertrittszahlen von der Realschule plus in die FOS rechnet die Landesregierung?

Die Mündlichen Anfragen Nr. 8, 9, 10, 12, 13, 16, 17, 19, 20, 21, 22, 23 und 24 sind fristgerecht für die 84. Plenarsitzung am Freitag, dem 5. Februar 2010, eingegangen.

**3. Abgeordnete
Nicole Morsblech und
Werner Kuhn (FDP)**

Unterrichtsausfall an berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz

Das rheinland-pfälzische Bildungsbündnis hat in seiner Pressekonferenz am 29. Januar 2010 eine erste Bilanz zur Unterrichtsversorgung an den Schulen in Rheinland-Pfalz gezogen.

Insbesondere an den berufsbildenden Schulen ist auch in diesem Schuljahr mit einem hohen strukturellen Defizit zu rechnen. Nachdem der Unterrichtsausfall in den Schuljahren 2005/2006 und 2006/2007 bereits auf 5,3 Prozent gesenkt war, liegt er in diesem Schuljahr wieder bei 6,2 Prozent.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen sind vorgesehen, um dem immer noch höchsten Unterrichtsausfall aller Schularten an berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz entgegenzuwirken?
2. Wie viele zusätzliche Vollzeit-Lehrerstellen würden nach Berechnungen der Landesregierung benötigt, um an den berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz eine strukturelle Unterrichtsversorgung von 100 Prozent gewährleisten zu können?
3. In welchem Umfang und mit welchen Mitteln werden derzeit Einstellungen seitens der Schulaufsicht vorbereitet, um den absehbaren Mehrbedarf vor dem Hintergrund des Starts der Fachoberschule an der Realschule plus, der Rückgabe der Zwangsansparstunde ab dem Schuljahr 2011/2012, der Ausbildung von Kita-Kräften für den ab August 2010 geltenden Rechtsanspruch Zweijähriger auf einen Kindergartenplatz, aber auch den erfolgreichen Ausbau der vollzeitschulischen Bildungsgänge an berufsbildenden Schulen zu decken?
4. Welche Maßnahmen werden angesichts bereits gesunkener Zahlen abgeschlossener Lehrverträge und entsprechend kleinerer Berufsschulklassen zur Sicherung eines flächendeckend ausreichenden betriebs- und wohnortnahen Berufsschulangebots ergriffen?

**4. Abgeordnete
Hedi Thelen (CDU)**

Betriebsrätliches Schnellinformationssystem

Ich frage die Landesregierung:

1. Warum hat die Landesregierung ein betriebsrätliches Schnellinformationssystem gefördert, das nach aktueller Sachverständigeneinschätzung gegen geltende Datenschutzbestimmungen verstößt?
2. Warum hat die Landesregierung ein betriebsrätliches Schnellinformationssystem gefördert, das nach aktueller Sachverständigeneinschätzung gegen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung verstößt?
3. Warum hat die Landesregierung ein betriebsrätliches Schnellinformationssystem gefördert, das nach aktueller Sachverständigeneinschätzung offenbar gegen das Kartell- und Vergaberecht verstößt?
4. Warum hat die Landesregierung ein betriebsrätliches Schnellinformationssystem gefördert, das nach aktueller Sachverständigeneinschätzung gegen das Betriebsverfassungsgesetz verstößt?

**5. Abgeordnete
Marianne Grosse und
Ingeborg Sahler-Fesel
(SPD)**

Zerschlagung der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung – Nachteile für die Betreuung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen in Rheinland-Pfalz

Am 25. Januar 2010 hat Bundesarbeitsministerin von der Leyen den Entwurf für die erforderliche Neuorganisation der Jobcenter vorgestellt. Darin ist für Betreuung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen die getrennte Aufgabenwahrnehmung vorgesehen. Die Träger sollen zukünftig vor Ort kooperativ und freiwillig zusammenarbeiten können.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung das im jetzigen Entwurf der Bundesregierung beschriebene Vorhaben zur Neuorganisation der Jobcenter?
2. Welche Konsequenzen wird die vorgesehene getrennte Aufgabenwahrnehmung nach Einschätzung der Landesregierung für die Betreuung und Vermittlung langzeitarbeitsloser Menschen in Rheinland-Pfalz haben?
3. Ist die vorgeschlagene Kooperation der Träger vor Ort auf freiwilliger Basis aus Sicht der Landesregierung eine praktikable und geeignete Fortführung der Arbeit der Jobcenter?
4. Hat die Landesregierung Erkenntnisse über die finanziellen Folgen der geplanten Neustrukturierung?

**6. Abgeordneter
Alexander Licht (CDU)**

Winterdienst und Personalsituation im LBM

Im Hinblick auf die derzeitige witterungsbedingte Straßensituation und die bestehende Personalknappheit im LBM frage ich die Landesregierung:

1. Wie ist die derzeitige Situation in der Bevorratung von Streusalz in den unterschiedlichen Salzarten in den einzelnen Landesteilen bzw. zuzuordnenden Dienststellen einzuschätzen?
2. Welche Prioritäten werden bezüglich Personaleinsatz bezüglich der unterschiedlichen Salzarten in den Dienststellen getroffen?
3. In welcher Weise bereiten die in den Straßenmeistereien vorgenommenen erheblichen Personaleinsparungen im Räumdienst Probleme – vor allem hinsichtlich der Dauereinsätze?
4. Welche Probleme sind für den Normalbetrieb nach Abschluss der schwierigen Wetterlage durch die hohe Beanspruchung des vorhandenen Personals zu erwarten und wie sollen sie gelöst werden?

**7. Abgeordnete
Günter Eymael und
Werner Kuhn (FDP)**

Geplanter Umzug des US-Militärkrankenhauses Landstuhl nach Weilerbach

In der Presse wurden Pläne des US-Militärs bekannt, das derzeit in Landstuhl befindliche Hospital näher an den Militärflughafen Ramstein zu verlegen. Zu diesem Zweck solle in Weilerbach auf dem Gelände eines ehemaligen Munitionslagers ein kompletter Neubau errichtet werden, um künftig über den Stützpunkt eintreffende verwundete Soldaten schneller und effizienter behandeln zu können.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Kenntnisse liegen der Landesregierung im Bezug auf den Zeitplan der US-Streitkräfte für die Verlagerung des Krankenhausbetriebs vor?
2. Welche wirtschaftlichen Folgen hätte eine Verlagerung des Hospitalbetriebs absehbar für den derzeitigen Standort Landstuhl und die unmittelbar umliegenden Gemeinden?
3. Wie plant die Landesregierung, diese Folgen für die betroffenen Kommunen – soweit negativ – abzumildern oder zu kompensieren?
4. Welche Chancen und/oder Risiken ergeben sich aus Sicht der Landesregierung für ein durch diesen Umzug entstehendes weiteres Konversionsobjekt auf dem Gelände des ehemaligen Militärhospitals in Landstuhl?

**8. Abgeordnete
Frank Puchtler und
Barbara Schleicher-Roth-
mund (SPD)**

Erwerb von Daten über mutmaßliche Steuerhinterziehung

Den Finanzbehörden sind Medienberichten zufolge für angeblich 2,5 Millionen Euro Daten von mutmaßlichen Steuerhinterziehern mit Depots und Konten in der Schweiz angeboten worden. Stichproben in fünf Fällen hätten je eine Steuerschuld von rund einer Million Euro ergeben.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung aus rheinland-pfälzischer Sicht den Erwerb der angebotenen Daten-CD mit Informationen zu den Bankkonten deutscher Staatsbürger in der Schweiz?
2. Wie beurteilt die Landesregierung den potenziellen Schaden für die Steuermoral und das Rechtsempfinden in Deutschland und Rheinland-Pfalz, wenn im konkreten Fall die staatliche Informationsbeschaffung unterbliebe?
3. Wie beurteilt die Landesregierung den aktuellen Stand der Bekämpfung der Steuerflucht in Deutschland und in Rheinland-Pfalz?

9. Abgeordnete
Christian Baldauf und
Alexander Licht (CDU)

Verwendung von Mitteln aus Krediten der Nürburgring GmbH, Einlagen der RIM und Krediten der ISB durch Firmen des Kaufmanns Kai Richter

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Bestimmungen zur Zweckbindung von Mitteln von Landesgesellschaften (z. B. Nürburgring GmbH, RIM, ISB) für Firmen des Kaufmanns Kai Richter hat es in den jeweiligen Verträgen gegeben?
2. Welche Prüfungen und Kontrollen der Einhaltung dieser Zweckbindungen durch die Firmen des Kaufmanns Kai Richter hat es gegeben?
3. Hat die Landesregierung (ggf. unter Einbeziehung der Nürburgring GmbH, der RIM oder der ISB) eine Erklärung für die Tatsache, dass die Firmen von Herrn Kai Richter auf der einen Seite weder ausreichende Eigenmittel noch ausreichende Mittel anderer privater Investoren oder ausreichende Mittel aus Krediten von privaten Finanzierungsinstituten für die von der Landesregierung anvisierten privaten Investitionen am Nürburgring aufgebracht, andererseits aber zur gleichen Zeit in Österreich Immobilieninvestitionen in Millionenhöhe finanziert haben?
4. Welche Engagements haben Geschäftspartner von Firmen des Kaufmanns Kai Richter, die auch bei den Investitionen in Österreich mitgewirkt haben, im Bereich des Nürburgrings getätigt?

10. Abgeordnete
Anke Beilstein (CDU)

Gutachten im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform

Im Zusammenhang mit den vorgesehenen Fusionen im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform wurden bzw. werden derzeit landesweit offensichtlich Gutachten in Auftrag gegeben.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Kommunen werden mit welchem Auftrag begutachtet?
2. Wer ist Auftraggeber, wer Auftragnehmer für diese Gutachten?
3. Welche Kosten entstehen und wer trägt diese?
4. Wann liegen die Gutachten vor?

11. Abgeordnete
Dr. Matthias Krell,
Ruth Leppla und
Thomas Wansch (SPD)

Länderübergreifender Software-Cluster „Softwareinnovationen für das digitale Unternehmen“

Zu den fünf Siegern des Spitzenclusterwettbewerbs des Bundes gehört auch der Software-Cluster „Softwareinnovationen für das digitale Unternehmen“. Dieser Cluster führt die Entwicklung solcher innovativer Softwareaspekte zusammen, die Unternehmen eine schnelle Anpassung an neue Randbedingungen erlaubt. Mithilfe des Einsatzes dieser sogenannten emergenten Software – so die Zielsetzung – sollen die digitalisierten Informations- und Kommunikationsflüsse zwischen und innerhalb von Unternehmen dergestalt organisiert werden, dass vorhandene betriebliche Prozesse effizienter ablaufen und neue, innovative Geschäftsmodelle eingeführt werden können.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Institute, Forschungseinrichtungen und Unternehmen aus Rheinland-Pfalz sind an diesem Cluster beteiligt?
2. Welche Wirkungen sind sowohl im Hinblick auf die Forschung als auch im Hinblick auf Arbeitsplätze von diesem Cluster zu erwarten?
3. Welche Fördersumme bzw. welche Gesamtfinanzierung wird dem Cluster in den nächsten Jahren zur Verfügung stehen?
4. Wie bewertet die Landesregierung das Abschneiden von Anträgen mit rheinland-pfälzischer Beteiligung im Spitzenclusterwettbewerb des Bundes?

12. Abgeordnete
Günter Eymael und
Uta Schellhaaß (FDP)

Behinderungen auf rheinland-pfälzischen Straßen aufgrund des schneereichen Winters

Ein ungewöhnlich schneereicher und kalter Winter liegt bis jetzt hinter uns. Unter anderem waren hiermit teilweise sehr starke Verkehrsbehinderungen verbunden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche rheinland-pfälzischen Bundesautobahnabschnitte waren besonders von schnee- und eisbedingten Verkehrsbeeinträchtigungen betroffen?
2. Welche Bundesstraßenabschnitte waren in Rheinland-Pfalz besonders von schnee- und eisbedingten Verkehrsbeeinträchtigungen betroffen?
3. Auf welchen Strecken waren nicht der winterlichen Witterung angepasste Lkw die Ursache für massive Verkehrsbehinderungen?
4. Inwieweit gibt es seitens der Landesregierung Überlegungen, eine streckenbedingte Winterreifen- bzw. Schneekettenpflicht bei Lkw einzuführen?

13. Abgeordnete
Anke Beilstein und
Bettina Dickes (CDU)

Umsetzung der Lernmittelausleihe

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Organisationsschritte der Lernmittelausleihe müssen bzw. können auf Anweisung des Schulträgers nach Planung der Landesregierung in der einzelnen Schule ausgeführt werden?
2. Wie stellt die Landesregierung sicher, dass das personelle und zeitliche Engagement der Schulen angemessen kompensiert wird?
3. Wann und in welcher Form sind bei den Einnahmen und Ausgaben der entgeltlichen Lernmittelausleihe Schulen, Schulträger und das Land beteiligt?
4. Inwiefern kann die Landesregierung ihre Forderung aufrechterhalten, die Schulen bei der Umsetzung der Lernmittelausleihe nicht mit zusätzlichen Aufgaben zu belasten?

14. Abgeordnete
Margit Mohr,
Jens Guth und
Heiko Sippel (SPD)

Studie zur wirtschaftlichen Freiheit in den deutschen Bundesländern

Einer aktuellen Studie im Auftrag der Friedrich-Naumann-Stiftung zur wirtschaftlichen Freiheit in den Bundesländern zufolge erhielt Rheinland-Pfalz bei dem vorgestellten Länder-ranking den dritten Platz nach Bayern und Baden-Württemberg.

Bei der Studie wurde unter anderem der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Freiheit und Wohlstand, gemessen am Pro-Kopf-Einkommen, sowie der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Freiheit, Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit untersucht, als auch die Staatsausgaben und staatlichen Investitionen bewertet.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Ergebnisse einer aktuellen Studie der Friedrich-Naumann-Stiftung zur wirtschaftlichen Freiheit in den deutschen Bundesländern hinsichtlich von Rheinland-Pfalz?
2. Wie schätzt die Landesregierung die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung im Land ein?
3. Wie unterstützt die Landesregierung, insbesondere vor dem Hintergrund der andauernden Wirtschaftskrise, wirtschaftliche Selbstständigkeit und die kleinen und mittleren Unternehmen im Land?

15. Abgeordnete
Friederike Ebli und
Marianne Grosse (SPD)

Kostenerstattungsprinzip für niedergelassene rheinland-pfälzische Ärztinnen und Ärzte

Wie der Allgemeinen Zeitung Mainz vom 26. Januar 2010 zu entnehmen war, hat sich in einer Umfrage der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz eine Mehrheit der teilnehmenden rheinland-pfälzischen Ärztinnen und Ärzte dafür ausgesprochen, statt des derzeitigen Sachleistungsprinzips das Kostenerstattungsprinzip mit einer Eigenbeteiligung der Patientinnen und Patienten als Honorarsystem einzuführen.

Kostenerstattungsprinzip bedeutet, dass Patientinnen und Patienten von ihrem Arzt oder ihrer Ärztin eine Rechnung erhalten, die sie zunächst selbst bezahlen und dann bei der Krankenkasse einreichen, um einen Teil des Rechnungsbetrages von ihrer Krankenkasse erstattet zu bekommen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Konsequenzen hätte ein Systemwechsel vom Sachleistungsprinzip zum Kostenerstattungsprinzip für die Versicherten in Rheinland-Pfalz?
2. Wie bewertet die Landesregierung den Wunsch, das Kostenerstattungsprinzip an Stelle des Sachleistungsprinzips einzuführen?
3. Welche Folgen hätte die Einführung des Kostenerstattungsprinzips nach Einschätzung der Landesregierung auf die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen?

16. Abgeordnete
Bettina Dickes und
Brigitte Hayn (CDU)

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund an frühkindlicher und schulischer Bildung in Rheinland-Pfalz

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hoch ist der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in den einzelnen Schularten?
2. Wie hoch ist der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund, die eine Kindertagesstätte besuchen, im Vergleich zu Kindern ohne Migrationshintergrund, gegliedert nach Betreuungsart und Kindergartenjahr?
3. Wie hoch ist die Zahl der Kinder mit Migrationshintergrund im Vergleich zu den Kindern ohne Migrationshintergrund, die in Kindertagesstätten und Grundschulen an einer Sprachförderung teilnehmen?
4. Wie hat sich der Sprachförderbedarf in den Grundschulen in den vergangenen fünf Jahren anhand beantragter und bewilligter Sprachförderkontingente entwickelt?

17. Abgeordnete
Gerd Schreiner und
Marlies Kohnle-Gros
(CDU)

Reform der Studienfinanzierungssysteme

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Ankündigung der Bundesregierung, die BAföG-Bezüge um 2 % und die Elternfreibeträge um 3 % anzuheben?
2. Welche konkreten Forderungen formuliert die Landesregierung zur Anhebung des BAföG?
3. Ist der Anteil von weniger als 1 % der rheinland-pfälzischen Studierenden, die ein vom Land mitfinanziertes Stipendium erhalten, für die Landesregierung zufrieden stellend?
4. Wieso lehnt die Landesregierung wiederholt das Prinzip der Leistung als Kriterium zur Vergabe von Studienunterstützungen ab?

18. Abgeordnete
Carsten Pörksen und
Hans Jürgen Noss (SPD)

Erfahrungen nach einem Jahr Informationsfreiheitsgesetz

Das rheinland-pfälzische Informationsfreiheitsgesetz ist seit einem Jahr in Kraft. Das Gesetz regelt die Voraussetzungen für den Zugang zu bei öffentlichen Stellen vorhandenen amtlichen Informationen. Mit dem Landesinformationsfreiheitsgesetz wurde in Rheinland-Pfalz ein umfassender und verfahrensunabhängiger Informationszugangsanspruch ohne Bedingungen für die Bürgerinnen und Bürger geschaffen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Anträge auf Informationszugang wurden in Rheinland-Pfalz gestellt?
2. Welche Themenbereiche sind bei den Anträgen am meisten nachgefragt?
3. In wie vielen Fällen wurden Anträge abgelehnt?
4. In wie vielen Fällen wurden Gebühren und mit welcher durchschnittlichen Höhe erhoben?

19. Abgeordneter
Josef Dötsch (CDU)

Sonn- und Feiertagsregelungen im Rahmen des Landesladenöffnungsgesetzes

Das Landesladenöffnungsgesetz vom 25. Oktober 2006 ermächtigt nach § 7 Abs. 2 die Landesregierung, durch Rechtsverordnung für Verkaufsstellen, die im nahen Einzugsgebiet eines Personenbahnhofs des Schienenfernverkehrs oder der in Absatz 1 Satz 1 genannten Flugplätze liegen, zu bestimmen, dass diese auch außerhalb der erweiterten Ladenöffnungszeiten, damit also auch an Sonn- und Feiertagen, geöffnet sein dürfen.

Ich frage die Landesregierung:

1. In welchen Fällen hat die Landesregierung bislang von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht?
2. Welche Gründe waren in diesen Fällen für die Landesregierung maßgeblich?
3. Mit welchem Radius wurde bei den Verkaufsstellen der Gesetzesformulierung „die im näheren Einzugsgebiet (...) liegen“ Rechnung getragen?
4. Welche Branchen und welche Art von Einzelhandelsbetrieben sind die überwiegenden Nutznießer dieser Regelung?

20. Abgeordnete
Dr. Gisela Born-Siebicke
und Thomas Weiner
(CDU)

Haltung der Landesregierung zur Abschaffung der Jagdsteuer

Ministerin Conrad hat auf dem Jägertag 2009 in Trier verkündet, nach Beschlusslage des Kabinetts könnte seitens der Kommunen auf die Erhebung der Jagdsteuer verzichtet werden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Was haben Ministerin Conrad und Innenminister Bruch seit der Ankündigung auf dem Landesjägertag 2009 in Trier unternommen, damit alle Kommunen in die Lage versetzt werden, auf die Erhebung der Jagdsteuer zu verzichten?
Insbesondere fragen wir, ob das Innenministerium die ADD entsprechend angewiesen hat, diese Möglichkeit auch Kommunen mit defizitärem Haushalt zu ermöglichen.
2. Welche Kompensationsmöglichkeiten hat die Landesregierung bei Wegfall der Jagdsteuereinnahmen vorgesehen, wenn Kommunen auf die Erhebung verzichten?
3. Wie hoch beziffert die Landesregierung die Kosten für die Kommunen und die Polizei, wenn diese die Entsorgung des verunfallten Wildes selbst durchführen müssen, falls die Jägerschaft nicht mehr – wie angekündigt – ab dem 1. April 2010 diese Aufgaben übernimmt?
4. Teilt die Landesregierung die Auffassung der CDU, dass – auch im Sinne einer landeseinheitlichen Regelung – die Jagdsteuer (ggf. stufenweise wie in Nordrhein-Westfalen) ganz abgeschafft und den Kommunen entsprechende Kompensation gewährt werden soll?

21. Abgeordnete
Martin Brandl und
Gerd Schreiner (CDU)

Situation der beruflichen Bildung in Rheinland-Pfalz vor dem Hintergrund der aktuellen Zahlen zur Unterrichtsversorgung

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie haben sich die Immatrikulationszahlen für Wirtschaftspädagogik in Rheinland-Pfalz gegliedert nach Studienorten in den vergangenen drei Jahren entwickelt?
2. Wie hat sich in den vergangenen drei Jahren die Zahl der Praktika von Studierenden der Wirtschaftspädagogik an rheinland-pfälzischen Schulen entwickelt?
3. Wie viele Vollzeitlehrerstellen fehlen an Berufsschulen in Rheinland-Pfalz, die mit dem bisherigen Abschluss der Wirtschaftspädagogik zu besetzen wären?
4. An welcher Stelle stehen die rheinland-pfälzischen Berufsschulen im Bundesvergleich der Schüler-Lerher-Relation gegliedert nach Sekundarstufe I und Sekundarstufe II in den vergangenen vier Jahren?

22. Abgeordnete
Simone Huth-Haage und
Brigitte Hayn (CDU)

Konsequenzen der jüngst vorgelegten HIS-Studie zu den Ursachen des Studienabbruchs für Rheinland-Pfalz

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hat sich die Zahl der Studienabbrecher in Rheinland-Pfalz in den vergangenen fünf Jahren entwickelt?
2. Erwägt die Landesregierung vor dem Hintergrund der überdurchschnittlichen Abbruchquoten von Bachelor-Studenten die Einführung von Teilzeitstudienlösungen?
3. Inwiefern erwägt die Landesregierung die Einführung landeseinheitlicher Abiturprüfungen vor dem Hintergrund der überproportionalen Abbruchquote aufgrund von Leistungsdefiziten von ehemaligen Gesamtschulabsolventen?
4. Welche Konsequenz zieht die Landesregierung aus dem Ergebnis, dass 32% der Hochschulabsolventen und 44% der Studienabbrecher sich durch die Schulzeit nur unzureichend auf ein Studium vorbereitet fühlen?

23. Abgeordneter
Gerd Schreiner (CDU)

Umsatzsteuernachzahlung der Nürburgring GmbH am 6. April 2009

Ich frage die Landesregierung:

1. Hat die Geschäftsführung der Nürburgring GmbH den seinerzeitigen Aufsichtsrat über die in 2009 fällige Umsatzsteuernachzahlung in Höhe von über 1,4 Millionen Euro unter Einschluss der Gründe für diese Nachzahlung unterrichtet?
2. Welche Konsequenzen hat der Aufsichtsrat daraus gezogen?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die Tatsache, dass eine Firma mit einer Beteiligung des Landes von neunzig Prozent und dem Landesfinanzminister als Aufsichtsratsvorsitzenden in dieser fehlerhaften Weise Vorsteuern abzieht?
4. Welche Konsequenzen sollte der amtierende Aufsichtsrat der Nürburgring GmbH nach Auffassung der Landesregierung aus der Feststellung der Wirtschaftsprüfer Ernst & Young ziehen, wonach hier ein Verstoß des Geschäftsführers nach § 43 Abs. 1 GmbH-Gesetz vorliegt?

24. Abgeordneter
Josef Rosenbauer (CDU)

Haltung der Landesregierung zur Leiharbeit

Ich frage die Landesregierung:

1. Inwieweit ist die Leiharbeit nach Einschätzung der Landesregierung notwendig für einen funktionierenden Arbeitsmarkt?
2. Inwieweit hat sich die Haltung der Landesregierung zur Leiharbeit gegenüber der Haltung zur Amtszeit des Vorgängers der gegenwärtigen Arbeits- und Sozialministerin geändert?
3. Inwieweit hat sich die Leiharbeit nach Einschätzung der Landesregierung bewährt?
4. Inwieweit muss einem Missbrauch der Leiharbeit entgegengetreten werden?